

# vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DER SPD-FRAKTION UND DES SPD-LANDESVERBANDES HESSEN

MAI 2015

## SOZIALER ZUSAMMENHALT IN GEFAHR



Thorsten Schäfer-Gümbel,  
SPD-Landesvorsitzender

Die Debatte über die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs ist die zentrale landespolitische Frage im ersten Halbjahr dieses Jahres. Es geht um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung und des sozialen Zusammenhalts.

Deshalb müssen wir als SPD diese Debatte entschlossen führen, auch wenn das Thema sperrig ist und viel Erklärungsbedarf besteht. Aber genau hinter der Komplexität der Finanzbeziehungen versucht sich Schwarz-Grün zu verstecken. Die Koalition hofft, dass Medien und Bürger die Dimension des Problems nicht erkennen.

Es geht darum, mit aller Deutlichkeit und Zuspitzung die Verantwortung für drohende Belastungen klar denen zuzuweisen, die sie haben: den schwarz-grünen Koalitionären in Wiesbaden. Dazu dient die von der SPD-Landtagsfraktion gestartete Kampagne „Heute gekürzt, morgen geschlossen?“, die von möglichst vielen Gliederungen aufgegriffen und verstärkt werden sollte.

Koalition und Regierung kommen ihrer Pflicht nicht nach, die Kommunen aufgabengerecht zu finanzieren. Sie nehmen sie in Mithaftung für ihre selbst verschuldeten Finanzprobleme. Sie verengen den Begriff der kommunalen Selbstverwaltung auf die Verteilung des Mangels.

Damit degradieren sie die Kommunalparlamente zu Erfüllungsgehilfen, die stellvertretend für Schwarz-Grün Einschnitte und Mehrbelastungen beschließen müssen. Gerade die CDU, die sich auf jeder Ebene einer gerechten Steuerpolitik verweigert, spielt so ein hinterhältiges Doppelspiel. Sie schont die Reichen, zwingt aber die Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger abzukassieren. Landauf, landab steigen unter der Fuchtel der Kommunalaufsicht Steuer- und Gebührensätze, während gleichzeitig Leistungen abgebaut werden.

Also, lasst uns alles unternehmen, um die Landesregierung von ihrem Kurs abzubringen, damit die hessischen Kommunen eine gute Zukunft haben.

*Th. Schäfer-Gümbel*

## KAMPAGNE „HEUTE GEKÜRZT, MORGEN GESCHLOSSEN?“ GESTARTET

UNTER DER ÜBERSCHRIFT „HEUTE GEKÜRZT, MORGEN GESCHLOSSEN?“ MACHT DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION LANDESWEIT AUF DIE RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN DER SCHWARZ-GRÜNEN KOMMUNALFEINDLICHKEIT FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT IN HESSEN AUFMERKSAM. DIE DEBATTE ÜBER DEN NEUEN KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICH DARF NACH ANSICHT DER SPD NICHT NUR IM LANDTAG GEFÜHRT WERDEN, SONDERN GEHÖRT DORTHIN, WO ES DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER UNMITTELBAR TRIFFT: IN DIE STÄDTE UND GEMEINDEN. MIT DER KAMPAGNE WILL DIE SPD-FRAKTION DIE FOLGEN DER UNTERFINANZIERUNG DER KOMMUNALEN EBENE AUFZEIGEN. UNTERSTÜTZT WIRD DIE KAMPAGNE DURCH EINE WEBSEITE, DIE DIE FOLGEN DER FINANZNOT VERANSCHAULICHT: [WWW.SCHWARZ-GRÜNE-KÜRZUNGEN.DE](http://WWW.SCHWARZ-GRÜNE-KÜRZUNGEN.DE). WEITERE INFORMATIONEN ZUR KOMMUNALKAMPAGNE AUF DEN FOLGENDEN SEITEN.



FOTO: HERMANN HEIBEL

RWE verklagt das Land Hessen auf Schadensersatz in Höhe von 235 Millionen Euro im Zuge der rechtswidrigen Biblis-Abschaltung.



BILD/GRAPHIK/MONTAGE: GERT-UWE MEINDE/GRAPHIKPLUS/FOTO. MARCO3811 - FOTOLIA.COM

## BOUFFIER & CO. VERANTWORTEN DROHENDEN MILLIONENSCHADEN

### BIBLIS-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Die bisherigen Zeugenvernehmungen im Untersuchungsausschuss zur rechtswidrigen Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis haben aus Sicht des Obmanns der SPD-Fraktion, Norbert Schmitt, deutlich gemacht, dass die Verantwortung für den drohenden Millionenschaden bei der damaligen CDU-geführten Landesregierung in Person von Ministerpräsident Bouffier und der ehemaligen Umweltministerin Puttrich liegt.

„Das hohe juristische Risiko einer rechtswidrigen Stilllegung haben die Verantwortlichen vollkommen unterschätzt. Der frühere Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat klipp und klar ausgesagt, dass die Bundesländer, und damit auch Hessen, in völliger Eigenverantwortlichkeit gehandelt haben. Eine Weisung des Bundes hat es laut Röttgen nicht gegeben“, so Schmitt.

Es sei auch keine Weisung angefordert worden, im Gegenteil, Röttgen habe ausgesagt, dass die Eigenständigkeit der Länder in dieser Frage immer völlig klar gewesen und niemals in Zweifel gezogen worden sei. „Damit ist für uns ein weiteres Mal bestätigt, dass Ministerpräsident Bouffier mit seiner Behauptung, es habe eine Bundesweisung gegeben, die Hessen nur vollzogen habe, auch in der Öffentlichkeit die Un-

wahrheit gesagt hat.“ Damit verdichtete sich immer mehr die Verantwortung der damaligen hessischen Landesregierung für die RWE-Schadensersatzklage. „Die 235-Millionen-Klage gegen Hessen haben Ministerpräsident Bouffier und die damalige Umweltministerin Puttrich zu verantworten. Bouffier war immer mit diesem Vorgehen einverstanden, hat niemals widersprochen.“

Der Versuch, den „toten Vogel“ noch einmal zum Fliegen zu bringen, sei endgültig gescheitert. Schmitt bezog sich damit auf ein Zitat des Exabteilungsleiters aus dem Bundesumweltministerium Gerald Hennenhöfer, der im Ausschuss gesagt hatte, Hessen wolle dem Bund „den toten Vogel in die Tasche schieben“.

Schmitt sagte weiter, Bouffier habe schlicht die Unwahrheit in seinem Brief an RWE-Chef Jürgen Großmann geschrieben, indem er ankündigte, dass die hessische Atomaufsicht „auch im Auftrag des BMU als übergeordneter Behörde“ gegen das Wiederauffahren von Biblis vorgehen werde. Aus Sicht des ehemaligen RWE-Chefs Jürgen Großmann hat das umstrittene Schreiben von Ministerpräsident Bouffier die notwendige Klarheit darüber geschaffen, dass die hessische Atomaufsicht ein Wiederauffahren von Biblis verhindern würde. ■



Norbert Schmitt, MdB.

## ES REICHT!

In Alsfeld wurde angeregt über die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit diskutiert.

Hier einige Stimmen:



» Die mangelhafte Finanzierung der Kommunen wird durch die CDU-geführte Landesregierung zementiert; dies werden Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Mandatsträger vor Ort ausbaden müssen. «  
Mario Gerhold, Bürgermeister von Körle



» Ein fairer kommunaler Finanzausgleich muss einen Sozialstrukturindex und mindestens 4,5 statt nur vier Milliarden Euro für Hessens Kommunen enthalten. «  
Nadine Gersberg, Offenbach



» Der sogenannte Rettungsschirm ist nichts anderes als ein Steuererhöhungsprogramm der Landesregierung, das die Kommunalpolitiker stellvertretend umsetzen sollen. «  
Harald Schädler, Schwebda

# EINIG GEGEN SCHWARZ-GRÜN

Rund 370 Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzende haben an einer von SPD-Landtagsfraktion und -Landesverband veranstalteten Konferenz in Alsfeld teilgenommen, bei der die finanzielle Situation der Kommunen und die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs im Fokus standen.

Aus vielen Wortmeldungen wurde deutlich, dass die kommunale Basis einhellig und solidarisch die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit verurteilt. In einer Podiumsdiskussion unter Leitung der Hofheimer Bürgermeisterin Gisela Stang analysierten der Kasseler Oberbürgermeister, Bertram Hilgen, der Landrat des Vogelsbergkreises, Manfred Görig, und der Bürgermeister von Breuberg und künftige Landrat des Odenwaldkreises, Frank Matiaske, die Finanzlage der Kommunen.

Bertram Hilgen kritisierte, dass Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) den Finanzbedarf der Kommunen zu niedrig angesetzt habe. Die Kommunen bräuchten mindestens 900 Millionen Euro mehr. Auf die besonderen Probleme des ländlichen Raums wies Manfred Görig hin. Frank Ma-

tiaske beschrieb anschaulich den aufgelaufenen Investitionsstau in seiner Gemeinde. Die sei für 50 Kilometer Straßen zuständig, was bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von 50 Jahren dazu führen müsse, jedes Jahr einen Kilometer grundlegend zu erneuern. „Aufgrund der Finanzlage konnten in sechs Jahren aber nur ein paar Hundert Meter saniert werden.“ Ein solcher Investitionsstau gefährde die Infrastruktur und damit die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Alle kritisierten, dass sowohl der sogenannte kommunale Rettungsschirm als auch die geplante Änderung des KFA die Kommunen zu drastischen Sparmaßnahmen zwingen, und damit auch dazu, Eintrittspreise, Steuern und Gebühren zu erhöhen.

Der ehemalige Vizepräsident des Hessischen Landtags und Landtagsabgeordnete Lothar Quanz wählte für seine Kritik am sogenannten Schutzschirm ein einprägsames Bild: „Der Finanzminister hat den Kommunen ein halbes Schwein vom Hof geklaut und gibt ihnen dafür ein Pfund Gehacktes zurück.“ ■



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

## FINANZMINISTER TRICKST UND TÄUSCHT

Thorsten Schäfer-Gümbel warf der Landesregierung vor, bei der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) zu tricksen und zu täuschen.

Die hessische Verfassung verpflichte das Land, die Städte, Gemeinden und Kreise dazu, aufgabengerecht zu finanzieren. Diese Verpflichtung gelte unabhängig von der Schuldenbremse, auch wenn der Finanzminister das anders darstelle.

„Die aufgabengerechte Finanzierung der Kommunen steht vor der Klammer“, so Schäfer-Gümbel.

Das von der Landesregierung vorgelegte Berechnungsmodell werde nichts an der dramatischen Unterfinanzierung der Kommunen ändern. „Der Mangel wird nur neu verteilt.“

Das neue KFA-Modell sei ein mathematisches Täuschungsmanöver. „Es wurden zwar zehn Millionen Datensätze berechnet, doch wurden dafür die Bedingungen so willkürlich festgesetzt, dass am Ende das Wunschergebnis von Schwarz-Grün erzielt wurde: Es gibt kein zusätzliches Geld für die Kommunen.“ ■



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr sehen Manfred Görig, Gisela Stang, Bertram Hilgen und Frank Matiaske.

## FINANZNOT GEFÄHRDET ZUSAMMENHALT

Die wichtigsten Kritikpunkte an der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) durch Schwarz-Grün:

- Die Unterfinanzierung der hessischen Kommunen wird fortgesetzt. Die dringend notwendige Verbesserung der kommunalen Finanzlage wird nicht erreicht.
- Der neue KFA und die scharfen Haushaltsgenehmigungen gefährden den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung.

- Die Kommunen werden gezwungen, Steuern und Gebühren zu erhöhen oder ihre Leistungen einzuschränken. Was Schwarz-Grün spart, zahlen die Bürger.
- Schwarz-Grün will den „schwarzen Peter“ dafür den Kommunen zuschieben. Sie sollen die Beschlüsse fassen, die am Ende die Bürgerinnen und Bürger belasten.
- Die KFA-Neuordnung soll die kommunale Familie spalten. Die SPD steht für ein solidarisches Miteinander aller Kommunen, denn am Ende werden auch diejenigen, die zunächst profitieren könnten, als Verlierer dastehen. ■



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Günter Rudolph, Parlamentarischer Geschäftsführer, ging in seiner Eröffnungsrede scharf mit Schwarz-Grün ins Gericht.





Startschuss für die Kampagne der SPD-Fraktion gegen die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit mit vielen Landtagsabgeordneten und Kommunalpolitikern.

# GEKÜRZT! IHRE LANDESREGIERUNG

## KAMPAGNE GEGEN SCHWARZ-GRÜNE KOMMUNALFEINDLICHKEIT

Unter der Überschrift „Heute gekürzt, morgen geschlossen?“ macht die SPD-Landtagsfraktion landesweit auf die Risiken und Nebenwirkungen der schwarz-grünen Kommunalfeindlichkeit für den sozialen Zusammenhalt in Hessen aufmerksam. „Die Debatte über den neuen Kommunalen Finanzausgleich darf nicht nur im Landtag geführt werden. Sie gehört dorthin, wo es die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar trifft: in die Städte und Gemeinden“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel zum Start der Kampagne vor dem Wiesbadener Rathaus.

Aktionen möglich, welche die kommunale Finanznot thematisieren“, sagte Schäfer-Gümbel. Dazu gebe es ein Plakat, Infomaterial für die Verteilung vor Ort und eine Webseite, die die Folgen der Finanznot veranschauliche:

[www.schwarz-grüne-kürzungen.de](http://www.schwarz-grüne-kürzungen.de).

Die Aktion zielt darauf ab, die Folgen der Unterfinanzierung der kommunalen Ebene zu verdeutlichen. Schäfer-Gümbel unterstrich, dass die Diskussion über den Kommunalen Finanzausgleich keine akademische Debatte sei, sondern jeden unmittelbar betreffe. „Die schwarz-grüne Kommunalfeindlichkeit trifft jede Bürgerin und jeden Bürger. Was das Land den

nen verarmen, verarmt das soziale Leben.“ Die Kampagne diene dazu, die Verantwortung für Leistungsabbau sowie Gebühren- und Steuererhöhungen klar zu adressieren. „Schwarz-Grün kürzt zulasten der Kommunen und reicht damit den ‚schwarzen Peter‘ an die Städte, Gemeinden und Kreise weiter. Die müssen Gebühren und Steuern erhöhen und den Bürgern schlechtere Angebote erklären. Deswegen muss in der Debatte immer wieder gesagt werden: Die schwarz-grüne Landesregierung zwingt die Kommunen zu Einschnitten, die bei angemessener Finanzausstattung nicht nötig wären. Kommunale Selbstverwaltung muss mehr sein, als die Entscheidung darüber zu treffen, wo

Dort stellte er die Kampagne zusammen mit sozialdemokratischen Vertretern der kommunalen Ebene, dem Wiesbadener Oberbürgermeister, Sven Gerich, der Gießener Landrätin Anita Schneider und den Bürgermeisterinnen von Hofheim und Roßdorf, Gisela Stang und Christel Sprößler, vor.

Im Mittelpunkt steht ein schwarz-grünes Absperrband mit der Aufschrift „Gekürzt! Ihre Landesregierung“. „Damit kann markiert werden, welche Angebote es in dieser Form nicht mehr gibt, wenn die CDU-Grüne-Koalition ihren Plan für einen neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) durchsetzt. Mit diesem Band sind örtlich viele verschiedene

Kommunen vorenthält, zahlen sie in Form höherer Gebühren und Steuern oder in Form schlechterer Angebote. Wenn die Kommu-

zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger gespart wird“, sagte der Fraktionsvorsitzende.



Die Landesregierung versuche, die Kommunen in Hessen in „Verlierer“ und „Gewinner“ zu spalten, um den Widerstand der kommunalen Familie zu brechen. Doch mit dem neuen KFA verlören am Ende alle. Vor allem die Bürgerinnen und Bürger in den Städten, Gemeinden und Kreisen. „Deswegen zielt unsere Aktion auch darauf ab, die Solidarität der kommunalen Familie zu stärken.“ ■



**ES REICHT!**  
» Das Land Hessen muss endlich seine Pflichtaufgaben gegenüber den Gemeinden und Kommunen erfüllen! «  
Erwin Stertz,  
Lautertal-Engelrod



Christel Sprößler, Bürgermeisterin von Roßdorf, nutzte die Gelegenheit, in Wiesbaden die Resolution ihrer Gemeindevertretung zum Kommunalen Finanzausgleich persönlich abzugeben. Darin wird gefordert, die Anforderungen des Staatsgerichtshofs eins zu eins umzusetzen.



Sven Gerich, Oberbürgermeister von Wiesbaden sagte: »Jetzt der einen oder anderen Kommune zu sagen ‚Euch geht es mit der Neuordnung des KFA doch sogar besser als vorher‘ ist nur ein Versuch, die Städte und Gemeinden zu spalten. In der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung sind sich SPD und CDU einig, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen ausgeglichen werden muss. «



Anita Schneider, Landrätin des Landkreises Gießen, kritisierte, dass die Landkreise immer weniger in der Lage seien, die Pflichtaufgaben selbst zu finanzieren. Sie seien von den hohen Ausgaben im Sozialbereich besonders hart betroffen. Die Landrätin forderte eine starke Berücksichtigung ökosozialer Kriterien bei der Bemessungsgrundlage.





FOTO: HAFENBAR CC CREATIVE COMMONS 3.0

## SPD VERLANGT NSU-AKTEN

Neue Hinweise zum Kasseler Mord an Halit Yozgat durch die Rechtsterroristen des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) erfordern aus Sicht der SPD eine umfassende und vollständige Aufklärung. „Es steht nicht nur im Raum, dass der hessische Verfassungsschutz die polizeilichen Ermittlungen behindert haben könnte. Es gibt nun auch Gründe zu der Annahme, dass hessische Beamte vor dem Mordanschlag von einer geplanten Straftat Kenntnis gehabt haben könnten. Das wäre ein unvorstellbarer Skandal“, sagte Nancy Faeser.

Faeser verwies darauf, dass jetzt auch bekannt geworden sei, dass sich der damalige Innenminister Volker Bouffier 2006 in das laufende Disziplinarverfahren gegen den Verfassungsschützer Andreas Temme persönlich nicht nur eingemischt, sondern darauf hin gewirkt habe, dass der Verfassungsschützer weiter seine Bezüge behält. „Ich fordere die Landesregierung jetzt auf, endlich die von uns angeforderten Akten vollständig, zeitnah und ungeschwärzt an den hessischen Untersuchungsausschuss auszuhändigen“, so Faeser. ■

# LANGER WEG ZUR CHANCENGLEICHHEIT

## ZWISCHENBILANZ: EIN JAHR ENQUETEKOMMISSION ZUR SCHULISCHEN BILDUNG

Vor einem Jahr hat die Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen – Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ ihre Arbeit im Hessischen Landtag aufgenommen – Zeit für eine Zwischenbilanz. Die auf Antrag der SPD-Fraktion eingesetzte Kommission wurde beauftragt, eine Bestandsaufnahme der schulischen Situation in Hessen zu erarbeiten. Unter besonderer Berücksichtigung der Frage nach gleichwertigen Bildungschancen sollen die gewonnenen Erkenntnisse in Handlungsempfehlungen für die Bildungspolitik münden.

„Wir sehen die Kommission nach holprigem Beginn auf dem richtigen Weg: Insbesondere die vielen fundierten Beiträge zahlreicher Bildungsexperten aus Wissenschaft und Praxis ermöglichen ein differenziertes Bild über bestehende Missstände und neue Handlungsoptionen“, sagte der Obmann der SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Merz.

Als Beispiel nennt Merz die Problematik der sozialen Selektion. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und mit niedrigem sozioökonomischem Status seien in



Gerhard Merz, Mdl

Hessen davon besonders betroffen. Prof. Wolfgang Boettcher, Bildungsforscher der Universität Münster, fordere beispielsweise, die Ursachen für solche systematischen, institutionell bedingten

Ungleichheiten zu analysieren und offensiv anzugehen.

Um das zu ermöglichen, sollten die Schulen mehr Unterstützung durch die Landespolitik erfahren. „Sie brauchen mehr Ressourcen und Möglichkeiten, um individuelle Förderung zu ermöglichen, Eltern zu beraten und Kindern Raum für die Entfaltung ihres persönlichen Leistungsniveaus zu schaffen“, sagte Merz. Als Beispiel nennt er die Bedeutung der Schulsozialarbeit und den Ausbau tatsächlicher Ganztagsangebote. Gerade hier tue sich allerdings eine Kluft auf zwischen den erkannten Notwendigkeiten und der realen Praxis der Landesregierung, die mit dem „Pakt für den Nachmittag“ auf ein reines, zudem schlecht organisiertes Betreuungsangebot setze.

Für Christoph Degen, den schulpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, ist eines klar: „Es gibt in vielerlei Hinsicht noch viel zu tun, um die nötigen Voraussetzungen für eine faire Teilhabe aller am Bildungssystem gewährleisten zu können.“ Der 2016 erwartete Abschlussbericht der Enquetekommission soll einen Beitrag dazu leisten. ■

## 60 JAHRE LEIDENSCHAFTLICHE PARLAMENTARIER

Seit 20 Jahren gehören die SPD-Abgeordneten Lothar Quanz, Günter Rudolph und Norbert Schmitt dem Hessischen Landtag an. Sie zogen am 5. April 1995 mit Beginn der zweiten Amtszeit der Regierung von Ministerpräsident Hans Eichel ins Parlament ein. „Alle drei Fraktionskollegen sind leidenschaftliche Parlamentarier und haben wesentlichen Einfluss auf die Politik der SPD-Fraktion in den vergangenen 20 Jahren genommen“, sagte Thorsten Schäfer-Gümbel in der SPD-Fraktionssitzung.



Thorsten Schäfer-Gümbel, Lothar Quanz, Günter Rudolph (es fehlt Norbert Schmitt)

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

## GEWALT BEI BLOCKUPY-DEMO SCHARF VERURTEILT

Die Ausschreitungen in Frankfurt anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank hat die SPD-Fraktion in einem gemeinsamen Antrag mit CDU, FDP und Grünen scharf verurteilt. „Die Bilder der Gewalttäter, der brennenden Autos, verletzter Polizeibeamter und die Rauchschwaden vor Frankfurts Skyline waren entsetzlich. Die massiven Angriffe auf Polizeibeamte mit Steinen und Pyrotechnik, die zahlreichen Brände von Fahrzeugen und die Gewaltübergriffe auf Feuerwehrleute sind nicht tolerierbar. Diese furchtbaren Gewaltausschreitungen sind auf das Schärfste zu verurteilen. Gewalt ist kein Ausdruck von Meinungsfreiheit, sondern eine Straftat“, sagte die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser. ■



Nancy Faeser, Mdl

## NEUER ENERGIEGIPFEL NOTWENDIG

Thorsten Schäfer-Gümbel hat die Landesregierung aufgefordert, einen zweiten Energiegipfel einzuberufen. Mit der Verweigerung des Dialogs gefährde die Landesregierung nicht nur den Grundkonsens zur Energiewende, sondern auch die Chancen der Energiewende selbst. „Wir erwarten von der Landesregierung, dass auch die Bürgerinitiativen am zweiten Energiegipfel beteiligt werden, da Transparenz und Beteiligung der unterschiedlichen Akteure Voraussetzungen für ein Gelingen der Energiewende sind. Die Zeit des Wegduckens und Hintertreibens sowie der Doppelspiele der CDU muss vorbei sein“, so Schäfer-Gümbel. Wer im Landtag die Energiewende wolle, der müsse auch vor Ort zustimmen. ■



Thorsten Schäfer-Gümbel, Mdl

## EQUAL PAY DAY – FRAUEN MÜSSEN DAS GLEICHE VERDIENEN

Die frauenpolitische Sprecherin Lisa Gnadl forderte anlässlich des Equal Pay Day, die Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern entschieden anzugehen. Demnach liege der durchschnittliche Bruttolohn der Frauen pro Arbeitsstunde 22 Prozent unter dem der Männer. „Wir begrüßen ausdrücklich die Pläne von Bundesfamilienministerin Schwesig für ein Gesetz für mehr Lohntransparenz. Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Anspruch darauf haben, dass die Lohnstruktur in Unternehmen offengelegt werden muss, erhöht das hoffentlich den Druck auf Firmen, die für die gleiche Tätigkeit Frauen und Männer unterschiedlich bezahlen“, so Gnadl. ■



Lisa Gnadl, Mdl

# DAS WAR DER HESSENGIPFEL

LANDRAT BURKHARD ALBERS: UNSER LEITBILD IST DIE VORSORGENDE KOMMUNE

„Kommunen sind mehr als Pflichtaufgaben. Unsere Kommunen sind der Ort, an dem Menschen fühlen, ob dieser Staat funktioniert.“ Mit diesen Worten stimmte Gisela Stang, Bürgermeisterin von Hofheim und Stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, die Teilnehmer des Hessengipfels mit Verweis auf die Kürzungsvorgaben der schwarz-grünen Landesregierung auf die Diskussion ein.

Der Hessengipfel, die traditionelle Klausurtagung der Hessen-SPD und der SPD-Landtagsfraktion, fand am Freitag, 6., und Samstag, 7. Februar, in Friedewald statt. Zum sechsten Mal trafen sich die Spitzen der hessischen Sozialdemokratie aller politischen Ebenen im Hotel „Prinz von Hessen“, um die politischen Weichenstellungen für das Jahr zu diskutieren.

Im Mittelpunkt der Klausurtagung stand die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2016: Zusammen mit Gisela Stang stellte der Vorsitzende der SGK Hessen und Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, Burkhard Albers, den Entwurf der kommunalen Leitlinien der SPD Hessen für die Wahl vor (siehe unten auf dieser Seite).

Burkhard Albers hob die grundsätzlich andere Herangehensweise der SPD an kommunale Politik hervor: „Unser Leitbild ist die vorsorgende Kommune“, erklärte er. Er rechnete vor, dass die einseitige Kürzungspolitik der Landesregierung die nachfolgenden Generationen teuer zu stehen komme, wenn in den Städten und Gemeinden Bil-

dung, Integration, Infrastruktur und Daseinsvorsorge nicht mehr funktionierten.

„Was Schwarz-Grün den hessischen Kommunen vorenthält, das zahlen am Ende die Bürgerinnen und Bürger“, stellte Günter Rudolph, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, klar.

Der Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, nahm als Gastreferent teil. Mit vielen Beispielen legte er dar, dass gerade in der Kommunalpolitik die Grundwerte der SPD in praktische Politik umgesetzt werden könnten. Aufgabe unserer Kommunalpolitik müsse es sein, vor Ort auf die jeweilige Situation bezogen Teilhabe auch für diejenigen zu organisieren, die sich selbst nicht für ihre Belange einsetzen können oder die auf Distanz zur Politik gegangen sind.

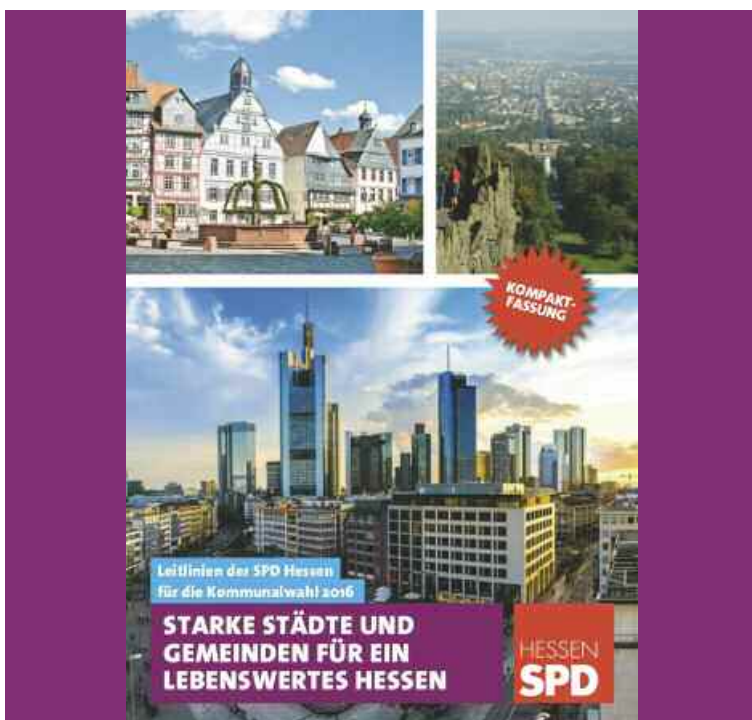
Zweiter Schwerpunkt der Tagung war bereits am Freitagabend die Diskussion mit unserer Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, die einen Ausblick auf die kommenden Herausforderungen gab. Dazu zählte sie eine bessere Unterstützung und mehr Teilhabe für Langzeitarbeitslose, da bei dieser Gruppe der aktuelle Aufschwung am Arbeitsmarkt noch nicht angekommen ist. Sie verteidigte den SPD-Erfolg beim Mindestlohn gegen Kritik aus den Reihen der Union. Wer die Aufzeichnungspflichten kritisiere, mache sich zum Handlanger der Schwarzarbeitsbranche: „Mit uns gibt es keinen Mindestlohn light“, sagte Nahles mit Nachdruck. ■



Unter herrschaftlichen Lüstern verteidigte Andrea Nahles den Mindestlohn gegen Kritiker aus der CDU und versprach mehr Unterstützung für Langzeitarbeitslose.



Ulrich Maly war als Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister von Nürnberg Gastreferent; hier mit Nancy Faeser und Thorsten Schäfer-Gümbel.



Unter [www.spd-hessen.de/leitlinien](http://www.spd-hessen.de/leitlinien) findet ihr sowohl eine Kurz- als auch eine ausführliche Fassung der Leitlinien.

## STARKE KOMMUNEN FÜR EIN LEBENSWERTES HESSEN

KOMMUNALPOLITISCHES LEITBILD 2016

Uns ist es wichtig, dass unsere Gemeinden, Städte und Landkreise für alle Einwohnerinnen und Einwohner liebens- und lebenswert bleiben.

Zusammen mit den Bezirken und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Sozialpolitik (SGK) hat deshalb der Landesvorstand unter Leitung unserer Generalsekretärin Nancy Faeser und des SGK-Landesvorsitzenden, Burkhard Albers, Leitlinien für die kommende Kommunalwahl erarbeitet.

Von Schulen und Kitaplätzen über kommunale Energieversorger bis hin zu Kultur und Bürgerbeteiligung – in den Leitlinien werden die sozialdemokratischen Schwerpunkte für die Jahre 2016 bis 2021 und auch darüber hinaus dargelegt. Denn die Menschen in ihren Gemeinden und Städ-

ten haben es verdient, in einer Kommune zu leben, die sie gern als ihre Heimat bezeichnen und die eine hohe Lebensqualität bietet. Trotz aller Notwendigkeiten, die kommunalen Haushalte in die schwarzen Zahlen zu bringen, muss die bestehende kommunale Infrastruktur auch im Interesse unserer Kinder und Enkel erhalten werden.

In den kommunalpolitischen Leitlinien werden mögliche Schwerpunkte der örtlichen Vorhaben für die Jahre 2016 bis 2021 und auch darüber hinaus dargelegt. Sie sollen die grundsätzlichen Ziele sozialdemokratischer Kommunalpolitik zeigen und gleichzeitig den SPD-Gliederungen als Ideenpool für die Erarbeitung ihrer Kommunalwahlprogramme dienen. ■



**WIR  
GRATULIEREN**

**Wir gratulieren den erfolgreichen SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten der Direktwahlen:**

**25.1.2015  
Uwe Schmidt  
Landkreis Kassel**

**15.3.2015  
Frank Matiaske  
Landkreis Odenwald**

**22.3.2015  
Matthias Baaß  
Viernheim**

**29.3.2015  
Winfried Becker  
Schwalm-Eder-Kreis**

**Wichtige Direktwahlen**

**19. April  
Gerald Kummer  
Stichwahl zum Landrat  
Bergstraße**

**Klaus Peter Schellhaas  
kandidiert zum Landrat  
im Landkreis  
Darmstadt-Dieburg.**

**14. Juni  
Anita Schneider  
will als Landrätin  
wiedergewählt werden.  
Landkreis Gießen**

**Dietlind Grabe-Bolz  
will erneut OB werden.  
Gießen**

**Karl Heinz Krug  
will OB werden.  
Bad Homburg**

**MdL Thomas Spieß  
will OB werden.  
Marburg**

**Manfred Wagner  
will OB werden.  
Wetzlar**

**5. Juli  
Claus Kaminsky  
will als OB wiederge-  
wählt werden. Hanau**

**27. September  
Carsten Müller  
will Landrat werden.  
Landkreis Offenbach**

# EIN DICKES MATERIALPAKET FÜR DEN KOMMUNALWAHLKAMPF 2016

**N**och ist der Wahlsonntag im März 2016 nicht endgültig durch die Landesregierung beschlossen. Aber die Vorbereitungen auf die Kommunalwahl sind längst angelaufen. Die Landesgeschäftsstelle hat für den Kommunalwahlkampf 2016 ein Paket mit praktischen Ratgebern und Hinweisen für die Unterbezirke, Stadtverbände und Ortsvereine geschnürt.

Der SPD-Landesverband will damit den örtlich verantwortlichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern das notwendige Rüstzeug und die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung stellen, damit sie sich auf das konzentrieren können, auf das es letztlich immer ankommt: auf den Dialog und den direkten Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern, um diese von unseren Ideen und unseren Kandidatinnen und Kandidaten zu überzeugen.

Wie man überhaupt Kandidatinnen und Kandidaten gewinnt, Listen aufstellt, Termine und wichtige Fristen einhält sowie ausführliche Hinweise zu Wahlrecht und Rechtsprechung, eine Mustergeschäftsordnung und -tagesordnung und Antwort auf die Frage welche Quote gilt, findet ihr auf unseren Internetseiten ([www.spd-hessen](http://www.spd-hessen)) unter

dem Menüpunkt „Politik/Kommunalwahl“. Ansprechpartner bei weiteren Fragen sind die Unterbezirksgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer und die beiden Bezirksgeschäftsführer Karlheinz Pfaff (Hessen-Süd, Tel. 069 299 888-100) und Wilfried Böttner (Hessen-Nord, Tel. 0561 700 1010).

Drei Handbücher stehen jetzt schon zur Verfügung:

**1.** Die kommunalpolitischen Leitlinien für euren Programmprozess vor Ort, die wir bereits auf der vorhergehenden Seite vorgestellt haben.

**2.** Ein ganz wesentliches Element der politischen Arbeit ist der direkte Kontakt zu den Menschen.

Dies gilt grundsätzlich immer, aber besonders im Kommunalwahlkampf.

Grundlagen, Praxisbeispiele neuer und klassischer Formen der Wähleransprache, Methoden, eine besonders gut gelungene Vorwahlkampagne und das Bildungsangebot des Netzwerks „Politische Bildung in Hessen“ findet ihr im Handbuch „Vertrauen erwerben – Wahlen gewinnen“ aus-

fürlich beschrieben und bebildert auf 86 Seiten.

**3.** Seit der letzten Kommunalwahl ist einige Zeit vergangen und gerade bei der Nutzung des Internets im Wahlkampf hat sich viel verändert. Deshalb haben wir in einem eigenen Handbuch alles Wissenswerte zum Thema Wahlkampf im Internet zusammengefasst, mit Tipps zu Strategien, Werkzeugen und der konkreten Umsetzung mit 21 Praxisbeispielen. Ein Angebot für die eigene Homepage sowie ein Angebot für Schulungen findet ihr im 86 Seiten starken Handbuch „Internetwahlkampf zur Kommunalwahl“.

Das vierte Handbuch, das alle Fristen und Termine enthält und in dem wir die Wahlkampagne insgesamt vorstellen, erscheint Ende April/Anfang Mai. Die Ortsvereinsvorsitzenden bekommen einen Satz aller vier Handbücher Anfang Mai kostenlos vom Landesverband zugesandt.

Wer die Materialien jetzt schon oder in größerer Stückzahl benötigt, kann die ersten drei der insgesamt vier Handbücher für zwei Euro je Stück zuzüglich der Versandkosten bei der Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden anfordern. ■



# DRUCKPORTAL, WAHLKAMPFMATERIALIEN UND ANDERE ANGEBOTE

**W**ir haben für die Wahlkampf führenden Gliederungen wieder ein Druckportal eingerichtet mit einer eigenen Werbelinie für den Kommunalwahlkampf 2016. Damit können die Gliederungen die Kosten für ein eigenes Wahlkampflayout einsparen. Folgende Materialien stehen euch zur Verfügung: Großflächenplakate (18 Eintel) Kandidaten- und Themenplakate, Kandidaten- und Themenflyer, Visitenkarten, Briefbogen, Handzettel, Kandidatenpostkarte, Mobilisierungskarte und Anzeigenvorlagen. Weiterhin bereiten wir für euch Briefwahlflyer, Flyer und ein Video zum Wahlsystem (Kumulieren und Panaschieren) vor, außerdem Mobilisierungsflyer in verschiedenen Sprachen und für unterschiedliche Zielgruppen.

Eine Filmreihe für Gliederungen als niederschwelliges Diskussionsangebot im Vorwahlkampf steht euch ab Juli zur Ver-



fügung, ebenso wie die Wahlkreismobilisierungskarten, mit denen ein zielgenauer Mitteleinsatz vor Ort gesteuert werden kann.

Mit unserem Onlineredaktionssystem „HessenSPD.net“ baut ihr übrigens in kürzester Zeit eine attraktive Website für euren Unterbezirk, Ortsverein oder die örtliche Fraktion. Dafür gibt es zur Kommunalwahl besondere Konditionen, die ihr auf unserer Homepage unter dem Menüpunkt „Service“ findet. Bis zur Sommerpause gilt es jetzt, möglichst viele Gliederungen unter diesem Dach zu versammeln.

Weitere Fragen beantworten euch gerne der Landesgeschäftsführer Dr. Wilfried Lamparter unter 0611 999 77 41 oder auch unsere Wahlkampfhotline zum Kommunalwahlkampf 2016 in der Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden von Montag bis Freitag von 9 bis 16.30 Uhr unter der Rufnummer 0611 999 77 18. ■

# MIT NOTGELD UND SAURER ZITRONE

DER UB MAIN-KINZIG BIETET AKTIONEN ZUM NACHMACHEN



**W**ie man mit Witz und Esprit im Vorwahlkampf Aufmerksamkeit erregt, zeigt der Unterbezirk Main-Kinzig: Um auf die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen vonseiten der schwarz-grünen Landesregierung aufmerksam zu machen, hat der Unterbezirk einfach eigenes Notgeld drucken lassen. Der „Main-Kinzig-Taler“ ist ein echter Hingucker, und wenn ihm „Notgeld“ in die Hand gedrückt wird, wacht auch der uninteressierteste Bürger auf. Eine zweite Aktion, mit der die Genossinnen und Genossen bereits auf der Straße waren, hat eine leuchtend gelbe Zitrone als Motiv: „Ausgepresst! – Die schwarz-grüne Landesregierung nimmt den Kommunen das Geld weg. Wir sind sauer – Sie auch?“, lautet der Slogan.

Tolle Ideen haben immer die anderen? Nicht grün vor Neid werden: Die Aktion ist zur Nachahmung freigegeben. Die lokale Anpassung der Materialien, etwa in einen „Main-Taunus-Taler“, kostet die Unterbezirke nur wenig Geld. Mit den Aktionen will der Unterbezirk Main-Kinzig

die Kritik an der hessischen Landesregierung und deren Vorschlägen zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs deutlich machen. Sie sollen darauf hinweisen, dass gerade die SPD als Kommunalpartei die damit einhergehenden Sparmaßnahmen und Kürzungen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen umsetzen muss.

„Mit Notgeld und ausgepresster Zitrone sollen die Bürgerinnen und Bürger dafür sensibilisiert werden, dass die Kommunalwahl wichtig ist“, sagt Maik Zimmer, UB-Geschäftsführer in Hanau. „Wir wollen damit deutlich machen, dass Städte und Gemeinden das Geld für wichtige Ausgaben benötigen und nicht für ‚goldene Wasserhähne‘.“ Die Bürgerinnen und Bürger sollen überlegen, wie sie leben wollen, und dafür zur Wahl gehen. „Intern können wir uns mit dieser Aktion bereits Schritt für Schritt warmlaufen für die Kommunalwahl.“

Für weitere Informationen steht Maik Zimmer in der Geschäftsstelle Hanau zur Verfügung (Tel.: 06181-247 63). ■



Genossinnen und Genossen der SPD Neuberg steigen mit originellen Aktionen in den Vorwahlkampf ein.

## EINBERUFUNG EINES SPD-LANDESPARTEITAGES AM 7.11.2015 IN KASSEL

mit Termin- und Fristenplan

Der SPD-Landesvorstand beruft am 10. März 2015, nach § 4 Abs.4 der Satzung des SPD-Landesverbands Hessen, einen Landesparteitag für

**Samstag, 7. November 2015**  
**Beginn: 10.00 Uhr**

in Kassel, Hotel La Strada, Raiffeisenstraße 10, ein.

**Antragsschluss** zum Landesparteitag gemäß § 4 Abs.6 unserer Satzung ist 26. September 2015 (Sechswochenfrist).

Alle fristgemäß eingegangenen Anträge werden den gewählten und den beratenden Delegierten bis zum 17. Oktober 2015 zur Kenntnis gegeben.

Antragsberechtigt sind gemäß § 4 Abs.5 unserer Satzung die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Bezirke, der Landesvorstand sowie die Landes- und Bezirkskonferenzen der Arbeitsgemeinschaften.

Personalvorschläge für die Wahl des Landesvorstands können gemäß § 4 Abs.5 unserer Satzung gemacht werden von den Ortsvereinen, den Unterbezirken und den Bezirken, vom Landesvorstand und den Bezirksvorständen sowie von jedem stimmberechtigten Delegierten.

Der Landesvorstand setzt eine Antragskommission ein (§ 4 Abs.5).

### Vorläufige Tagesordnung:

TOP 1. Konstituierung des Parteitages

TOP 2. Grußworte

TOP 3. Berichte des Landesvorstands

- a. des Landesvorsitzenden und der Generalsekretärin
- b. der Schatzmeisterin
- c. der Revisorinnen und Revisoren

TOP 4. Beschlussfassung über die Berichte und Entlastung des Vorstands in Finanzangelegenheiten

TOP 5. Bericht der Landtagsfraktion

TOP 6. Wahl des Landesvorstands

TOP 7. Wahl der Revisorinnen und Revisoren

TOP 8. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen

TOP 9. Schlusswort

Ende des Parteitages ist gegen 17 Uhr.

Die Unterbezirke werden aufgefordert, jeweils ein Mitglied für die Mandatsprüfungskommission und die Zählkommission zu benennen. ■



# EIGENTUM VERPFLICHTET – AUCH ZUR LEKTÜRE

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL LÄDT ZUM NACHDENKEN ÜBER EINEN GRUNDGESETZ-ARTIKEL EIN

**M**anchmal tut es einfach nur gut, sich intensiv auf unsere wesentlichen Grundwerte zu besinnen. Und bei der Lektüre auf dem Sofa, im Lieblingssessel oder auch am Schreibtisch über das eigene Tun und Lassen einmal aus einer etwas anderen Perspektive nachzudenken.

Insgesamt 14 Autoren haben sich in diesem Buch Gedanken darüber gemacht, wie Eigentum und Allgemeinwohl zusammenhängen und zusammen zu denken sind. Es sind genau 14 Autoren, weil der entsprechende Artikel im Grundgesetz die Nummer 14 trägt.

Mit dieser originellen Idee hat Herausgeber Thorsten Schäfer-Gümbel viele interessante Autoren dazu gewinnen können, sich Gedanken zu machen über den auf den ersten Blick so schlicht daherkommenden Satz: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Außer dem hessischen SPD-Vorsitzenden schreiben hier so unterschiedliche



„Wer hat, der gibt – oder nicht?!“ – 14 Autoren denken über die Sozialbindung von Eigentum nach.

Menschen wie Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung, Professorin Gesine Schwan oder Schülerinnen und Schüler einer Hanauer Berufsschulklasse. Der Lehrer der Klasse hat auf einer Klassenfahrt

ein interessantes Experiment mit den Jugendlichen gemacht: Einer oder eine erhält 100 Euro – was macht er oder sie damit? Behalten oder die Klasse zum Essen einladen? Wozu verpflichtet Eigentum sonst noch?

Schäfer-Gümbel liest den Verfassungsgrundsatz mit sozialdemokratischer Überzeugung im Herzen und kommt zu dem Schluss: „Hier ergeht ein politischer Auftrag an diejenigen in unserem Land, die vermögend sind und über größeres Eigentum verfügen. Ihnen wird auferlegt, dieses Vermögen und Eigentum nicht nur für sich selbst zu verwenden, sondern es auch in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und zu teilen. Das Eigentum wird mit gesellschaftlicher Verantwortung belegt.“ Dies ist eine von 14 lesenswerten Interpretationen zur Frage, was uns die Sozialbindung des Eigentums heute noch bedeutet.

Das Buch ist im Axel-Dielmann-Verlag KG, Frankfurt am Main, erschienen und kostet 11 Euro. Es hat die ISBN 978 3 86638 214 5. ■

FOTO: GERT-UWE MENDE

# PROFIS AUS DER POLITIK SCHULEN DEN NACHWUCHS

KOMMUNALAKADEMIE MIT STARKER HESSISCHER BETEILIGUNG

**T**eilnehmerinnen und Teilnehmer (41) aus sieben Bundesländern haben alle ein gemeinsames Ziel: die Stärkung der sozialen Demokratie vor Ort. Um das zu verfolgen, trafen sich die jungen Politikerinnen und Politiker der SPD an vier Wochenenden zur 44. Kommunalakademie in Steinbach am Taunus.

Aus Hessen mit dabei waren Ercan Celik aus Hanau, Fernanda da Silva aus Viernheim, Sebastian Busch aus Lorch am Rhein, Aylin Fischer aus Schwalbach, Sanaa Boukayeo aus Rüsselsheim, Sarah Krampitz aus Ober-Mörlen, Michael Gerheim aus Seligenstadt, Dr. Hendrik Sommer aus Frankenberg, Andreas Mander aus Zierenberg und Jan-Patrick Witte aus Kassel (die letzten drei sind nicht auf dem Foto zu sehen).

Die Themen waren vielfältig: „Strategische Planung in der Kommune“, „Nachhaltige Finanzpolitik“, „Strategisches Beteiligungsmanagement“, „Gute Nachbarschaften“, „Sozialräumliche Entwicklung aktiv gestalten“, das waren nur einige Titel der zahlreichen Referate des 44. Kurses der Akademie, vorgetragen von hochkarätigen Referenten.

Die Kommunalakademie ist ein Projekt des SPD-Parteivorstands im Berliner Willy-Brandt-Haus und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK).

Auch in diesem Jahr ist es gelungen, politische Größen wie Jan Pörksen, Staatsrat in der Freien Hansestadt Hamburg, Harald Riedel, Kämmerer der Stadt Nürnberg, und Anita Schneider, Landrätin des Landkreises Gießen, für Referate und persönliche Gespräche mit dem SPD-Nachwuchs zu gewinnen.

Die Nachwuchspolitikerinnen und -politiker haben daran gearbeitet, sich inhaltlich fortzubilden, ihr eigenes Profil zu schärfen sowie Methoden kennenzulernen, um aktuelle und künftige Herausforderungen in ihren Ortsvereinen besser zu bewältigen.

„Eine wichtige Erfahrung war für mich der Austausch mit den anderen Teilnehmern des Kurses“, sagt Aylin Fischer, „besonders bei ähnlichen politischen Problemen war es spannend zu erfahren, wie andere Kommunen damit umgehen.“

Flüchtlingspolitik und die Knappheit der Finanzen sind Themen, die aktuell in vielen Kommunen diskutiert werden. „Handlungsfähige Kommunen, in denen eine offene Willkommenskultur gelebt wird, sollen Anspruch, Ziel und Motivation unserer Arbeit vor Ort sein“, sagt Sanaa Boukayeo nach dem Seminar. ■



Die hessischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kommunalakademie haben von Profis gelernt, wie Politik funktioniert.

FOTO: PRIVAT

## LANDESPOLITIK ALS GEWINN

Ingeborg Sturm aus Ginsheim-Gustavsburg ist die glückliche Gewinnerin unseres Gewinnspiels, das wir in der vorletzten Ausgabe unseres Magazins „Zukunft Hessen“ veröffentlicht hatten.

Sie hat genau gelesen und wusste dadurch, dass in Hessen 29,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig und Vollzeit beschäftigten Frauen für einen Niedriglohn arbeiten. Das ist fast jede Dritte.

Die Lösung wussten auch noch einige andere, doch Ingeborg Sturm wurde aus der Menge der richtigen Einsendungen gezogen.

Ihr Preis ist nun, gemeinsam mit ihrem Mann Franz Jürgen, einen ganzen Tag in Wiesbaden im Hessischen Landtag verbringen zu dürfen. Beide werden am Dienstag, 25. Mai, gemeinsam vormittags an der Fraktionssitzung der SPD teilnehmen und sind anschließend zu einem Mittagessen in der Kantine des Landtags eingeladen.

Am Nachmittag kann die Genossin den Debatten im Plenum zuhören und von der Zuschauertribüne aus beobachten, wie Koalition und Opposition um politische Fragen ringen. Eine ausgiebige Führung durch die historischen Landtagsgebäude schließt sich an. ■

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

**Redaktion:**  
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)  
Martina Propson-Hauck  
Wilfried Lamparter  
Michael Fraenkel  
Gerfried Zluga-Buck  
Davia Merbach

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1–3  
65183 Wiesbaden